**Lang:** Ganz einfach: Gesetzlich verordnete Unterhaltszahlungen darf der Zahler abziehen. Der Empfänger versteuert sie.
**SPIEGEL:** Alle Kinder werden steuerpflichtig?
**Lang:** Nein. Das, was zur Abdeckung ihres Existenzminimums nötig ist, bleibt ja sowieso steuerfrei. Was darüber hinausgeht, wird besteuert. Das bezahlen aber die Eltern für die Kinder.
**SPIEGEL:** Was ändert sich dann für die Eltern?
**Lang:** Die Progression. Der Unterhaltsaufwand wird nicht mit dem hohen Steuersatz des Zahlers, sondern mit dem niedrigeren des Empfängers besteuert. Weil das im geltenden Recht nicht geschieht, wird besonders der Alleinstehende mit mehreren Kindern im Vergleich zu einem Kinderlosen übermäßig progressiv besteuert.
**SPIEGEL:** Finanzminister Waigel hat bei Ihnen vor zwei Jahren einen Reformvorschlag bestellt und auch bekommen, wie man das gesamte Einkommensteuerrecht einfacher, gerechter und effizienter machen könnte. Er hat Ihren Entwurf aber, wie uns scheint, bis heute nicht gelesen.
**Lang:** Das war ja auch als Exportmodell gedacht. Es soll den Ländern Mittel- und Osteuropas beim Aufbau eines modernen und sinnvollen Steuersystems helfen.
**SPIEGEL:** Brauchen wir das nicht ebenso dringend?
**Lang:** Doch. Darum empfehle ich das Modell auch für hier. Es ist so angelegt, daß die Arbeitnehmer, deren Steuer vom Arbeitslohn einbehalten wird, von sich aus keine Steuererklärung mehr abgeben müssen. Das Finanzamt schickt dem Arbeitnehmer einen automatisierten Bescheid, in dem die Steuer festgesetzt ist, die sich aus dem Arbeitslohn, einer Werbungskostenpauschale, einer pauschal an den gesetzlichen Unterhaltspflichten orientierten Verteilung des Einkommens und den Existenzminimumpauschalen aller Familienmitglieder ergibt. Außerdem können die dem Finanzamt per EDV mitgeteilten Daten der Sparfonds-Besteuerung berücksichtigt werden. Diesen Bescheid muß der Arbeitnehmer nur bestätigen. Nur wenn er höhere Werbungskosten, zum Beispiel, oder zusätzliche Einkünfte hat, müßte er die eintragen.
**SPIEGEL:** Wer wäre der Gewinner einer solchen Reform?
**Lang:** Wir alle. Wir hätten weniger Last mit den Steuererklärungen. Die Steuern wären gleichmäßiger und damit erträglicher verteilt, was besonders in Zeiten, wo der Staat dem Bürger zuviel abverlangt, vonnöten ist.
**SPIEGEL:** Herr Professor Lang, wir danken Ihnen für dieses Gespräch. ❑

*Geheimdienste*

# Wilde Hortensie

**Bonn pocht auf Souveränität: Nach den Russen sollen auch die Amerikaner ihre Agententruppe in Deutschland verkleinern.**

Der amerikanische Besucher am Rhein, vormals Chemieprofessor, gilt als eigensinnig und selbstherrlich. Ähnliche Eigenschaften werden seinem deutschen Gastgeber zugeschrieben, einem früheren Physiklehrer. Das wird ein schwieriges Treffen.

Wenn diese Woche John M. Deutch, der neue Direktor des US-Geheimdienstes CIA, in Bonn den Geheimdienstkoordinator Bernd Schmidbauer besucht, geht es noch dazu um ein heikles Thema: die Schnüffeleien der US-Agenten in Deutschland.

Der Wunsch der Bonner: Fünf Jahre nach der Wiedervereinigung wollen die Deutschen auch auf konspirativem Gebiet endlich volle Souveränität haben. Nach dem Ende der Sonderrechte alliierter Streitkräfte soll nun mit den Privilegien amerikanischer Agenten Schluß sein.

Schmidbauer soll im Auftrag des Kanzlers mit seinem Washingtoner Kollegen klären, wie viele US-Agenten bleiben dürfen und was mit den Stasi-Karteien werden soll, die bei der CIA lagern.

Bislang hatten die Geheimdienstler der Siegermacht USA, die sich nach Kriegsende mit Hilfe des Nazi-Generals Reinhard Gehlen im Bundesnachrichtendienst (BND) in Pullach ihr deutsches Ziehkind schufen, in der Bundesrepublik ungehemmt agiert wie auf dem eigenen Hinterhof. In den heißen Jahren des Kalten Krieges tummelten sich mehrere hundert hauptamtliche Späher der US-Agentenzentrale auf bundesdeutschem Boden mit Operationszentralen in Bonn und West-Berlin, im Frankfurter IG-Farben-Hochhaus und in München.

„Die Amerikaner machten bei uns, was sie für richtig hielten“, erinnert sich ein Hochrangiger der Kölner Verfassungsschützer. Und ein erfahrener Pullacher Nachrichtendienstler registrierte, daß es den transatlantischen Kundschaftern nicht bloß um Ost-Aufklärung ging, sondern auch um die politische und wirtschaftliche Ausforschung der Bundesrepublik.

Dafür hätten sich, weiß der BND-Mann, genügend Deutsche als Informanten zur Verfügung gestellt – für viel Geld auch Bonner Politiker: „Die stiegen teuer ein.“

Beim Bundesnachrichtendienst beobachtete man die hiesigen Aktivitäten der US-Behörde in Langley (Virginia) teils besorgt, teils neidvoll: „Die US-Kollegen tummelten sich im Gelben vom Ei; die hatten tolle Zugänge und konnten ständig ins Kanzleramt und in die Parteizentralen marschieren.“

Nach dem Fall der Berliner Mauer 1989 fischte die CIA zudem auf eigene Faust in den Stasi-Gewässern der untergehenden DDR. „Die waren unglaublich forsch“, schildert Ex-Spionagechef Markus Wolf die seinerzeitige CIA-Offensive, „die gingen mit hohen Chargen direkt unsere Mitarbeiter an und boten Überläufern Millionen.“

Die kauffreudigen Freunde von „Hortensie“, so das Pullacher Synonym für die CIA, schnappten sich in Ost-Berlin die besten

R. RESSMEYER / FOCUS

**CIA-Zentrale in Langley**
„Im Gelben vom Ei getummelt“

Brocken. Sie kassierten auch drei Mikrofilme aus der einstigen Hauptverwaltung Aufklärung mit Karteien über Mischa Wolfs Spione und Zielobjekte im Westen, Quellen und Führungsoffiziere – das Ganze mit Deck- wie Klarnamen.

Das Stasi-Material, so fanden die deutschen Geheimdienste, stehe eigentlich ihnen zu. Als der spätere Verfassungsschutzpräsident Eckart Werthebach beim letzten DDR-Innenminister Peter-Michael Diestel noch als Berater operierte, war die Chance günstig. Doch die Kölner Abwehrleute, so die Klage aus Pullach, verpatzten das Ganze.

Nun liegen diese Stasi-Dokumente in den Archiven von Langley. Die Deutschen bekommen nur begrenzt Einblick in die Original-Karteien.

Bonns herbeipilgernde Agentenjäger müssen sich mit herausgefiltertem Material begnügen und dürfen sich nur unter Aufsicht Notizen machen. Kein Wunder, daß da der Verdacht aufkam, die CIA habe inzwischen ein paar von Wolfs Top-Spionen für eigene Zwecke requiriert.

Die wilden Aktionen von „Hortensie“ sorgen bis heute für nachhaltige Verstimmung beim Bonner Verbündeten. „Das war die letzte Aktion unkontrollierten Vorgehens der Amis bei uns“, droht grimmig ein BND-Spitzenmann. Weil auch nach der Wende CIA-Agenten zudem ganz ungeniert die Telefone deutscher Regierungsstellen abhörten, beschwerte sich erst kürzlich das Kanzleramt in Washington: „Ihr habt hier nicht mehr die Rechte wie vor 1989.“

Ganz so eindeutig ist das indes nicht. Zwar wurde das Zusatzabkommen zum Nato-Truppenstatut, das die westdeutschen Geheimdienste zur nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit mit „den alliierten Entsendestreitkräften“ verpflichtet, unterdessen geändert. Aber auch nach Artikel 53 der Neufassung müssen die Deutschen „die Erfordernisse der militärischen Sicherheit“ bei den hiesigen Nato-Kontingenten berücksichtigen, „insbesondere die Unverletzlichkeit von Räumen, Einrichtungsgegenständen und Schriftstücken, die der Geheimhaltung unterliegen“.

Was unter „Erfordernisse der Sicherheit“ verstanden werden kann, ist Ansichtssache, wie jeder Geheimdienstprofi weiß: Da bleibt genügend Spielraum für Heimlichtuerei auf deutschem Boden.

Zudem sind Amerikas Kundschafter nach dem Sieg über den Weltkommunismus dabei, sich in ihrem subversiven Wissensdrang neue Wirkungskreise zu erschließen: zum Beispiel auf dem Gebiet der Wirtschaftsspionage. Da geht es auch um Wettbewerbsvorteile gegenüber bisherigen Partnern, wie unlängst der Hinauswurf von fünf US-Spionen aus Frankreich demonstrierte.

Bonns Wünschen nach Veränderung des in Deutschland waltenden CIA-Personals kommt Deutch mit der Ankündigung von Frontbegradigungen entgegen. Der CIA-Boß hat sowieso vor, die Zahl seiner Berufsschnüffler weltweit von 6000 auf 4000 zu reduzieren.

Nach Ansicht von Erich Schmidt-Eenboom vom Weilheimer Forschungsinstitut für Friedenspolitik plant die CIA für die Zukunft ein diskreteres Auftreten: Sie schaffe „zur Spionage gegen befreundete Gastländer zunehmend illegale Residenturen in den Auslandsniederlassungen amerikanischer Konzerne“. Überdies, so der Geheimdienstkritiker, sei Deutschland „nicht mehr Frontstaat gegenüber Rußland, sondern östlichere Vorposten wie Litauen nehmen diese Funktion wahr“.

TRIPPETT / SIPA

**CIA-Direktor Deutch**
Beschwerden aus dem Kanzleramt

Daß die Bonner generell Remedur schaffen wollen unter fremden Spähern, bekamen bereits die Russen zu spüren. 165 der derzeit etwa 250 Spione Moskaus sollen nach dem Wunsch des Bundesamtes für Verfassungsschutz Deutschland verlassen (SPIEGEL 18/1995). Die Kölner Agentenjäger erhielten jetzt vom Bundeskanzleramt den Auftrag, exemplarische Fälle russischer Schnüffelei „wasserdicht und beweiskräftig“ zu präsentieren.

Der Knatsch um die Spione kam Anfang Mai auch am Rande von Helmut Kohls Moskau-Besuch zum 50. Jahrestag des Kriegsendes zur Sprache. Den verstimmten Russen kündigte ein Berater des Kanzlers an, „diese Sache nunmehr durchzuziehen“. Und gleichsam als Balsam für das verwundete Großmachtgemüt der Russen spendete Kohls Mann Trost: „Den Amerikanern wird es ähnlich ergehen.“ ❑